

Anlage 1

10. September 2003 bm

Antrag:

Münster als Garnisonsstadt sichern und stärken

Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, einen kurzen Bericht über bisherige gemeinsame Aktivitäten der militärischen Einrichtungen in Münster und der Stadt vorzulegen und Vorschläge für weitere Initiativen, ggf. unter Rückgriff auf die Erfahrungen anderer Garnisonsstädte, zu unterbreiten. Hierbei sind ausdrücklich Vorschläge zu einer Intensivierung städtischer Aktivitäten bei der Betreuung von Familienangehörigen – etwa gegenüber dem Community-Office des I. Deutsch/ Niederländischen Korps oder den britischen Streitkräften – im Falle von internationalen Einsätzen einzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt unverzüglich in Gespräche mit der Führung des I. Deutsch/ Niederländischen Korps einzutreten mit dem Ziel, die Wiederaufnahme der Patenschaft, die zwischen der Stadt Münster und dem I. Korps bestanden hat, auch für das I. Deutsch/ Niederländische Korps zu erreichen.
3. Die Funktion eines Beauftragten für Kontakte zur Bundeswehr im Amt des Rates und des Oberbürgermeisters bleibt auch nach dem Ausscheiden des bislang dafür zuständigen Mitarbeiters erhalten und wird im Bereich des Oberbürgermeisters angesiedelt. Dabei ist in enger Absprache mit dem Standorttesten und den Verbindungsoffizieren zu prüfen, wie die Kommunikation zwischen den einzelnen Einheiten und der Stadt intensiviert werden kann.
4. Die Verwaltung wird gebeten in Gesprächen mit den entsprechenden Einheiten zu klären, ob die Qualifizierung eines Kindergartens als „internationaler Kindergarten“ gewünscht und umsetzbar ist. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob seitens des Militärs Interesse daran besteht, die niederländische Hugo-de-Groot-Schule in eine Internationale Schule umzuwandeln und wie die Stadt Münster dies auch die Anregungen aus dem Leitbildprozess (Bildungs- und Wissenschaftsstadt) aufnehmend ggf. unterstützend begleiten kann.

Begründung:

Die Standortentscheidung des Bundesministers der Verteidigung in Sachen Unteroffizierschule des Heeres (USH) gegen Münster und die Diskussionen um den zukünftigen Standort des I. Deutsch/ Niederländischen Korps in Münster machen deutlich, wie wichtig städtische Lobbyarbeit in diesem speziellen Bereich der Standortpflege ist.

Streitkräfte haben für Münster eine langjährige historische Bedeutung. Überdies bedeuten die in Münster stationierten Einheiten einen deutlich wahrnehmbaren Wirtschaftsfaktor. Das I. Deutsch/ Niederländische Korps symbolisiert nach seinem Friedenseinsatz in Afghanistan in besonderer Weise Münsters Anspruch sowohl als Garnisons- wie auch als Friedensstadt. Das mittlerweile multinationale Korps unterstreicht Münsters Profil als weltoffene Stadt. Es dient überdies als Imagefaktor, der die Stadt im gesamten NATO-Gebiet und darüber hinaus bekannt macht. Diese herausragende Stellung des I. Deutsch/ Niederländischen Korps soll auch durch die Erneuerung der Patenschaft zwischen der Stadt Münster und dem Korps symbolisiert werden.

- **Münster ist eine Garnisonsstadt mit langer Geschichte: Korps-Standort sei 1813**
Soldaten sind in Münster seit Langem ein selbstverständlicher Teil des Stadtbildes, zurückgreifend bis in die Ursprünge der Stadt. So war die Keimzelle Münsters nach heutigen Erkenntnissen eine karolingische, mit Wall und Graben gesicherte Burg, in der Bischof Liudger

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster

Fraktionsgeschäftsstelle

Mauritzstraße 7-8 · 48143 Münster

Telefon (0251) 4 18 43-0 · Telefax (0251) 4 31 36

e-mail fraktion@cdu-ms.de · <http://www.cdu-ms.de>



das für die Stadt Münster namensgebende Kloster (lat. „monasterium“) gründete. In den ersten Jahrhunderten des Bestehens Münsters war der Bau von Verteidigungsanlagen und Wachtdienst Aufgabe der Bürger. Seit 1606 lagen fast ständig städtische Söldner in Münster, deren Aufgabe der Schutz der Stadt vor feindlichen Angriffen war.

Der Friedensschluss von 1648 markierte das Ende des Dreißigjährigen Kriegs und bildete bei aller militärischen Tradition in Münster auch Grundstein des friedensvollen Selbstbewusstseins der Stadt und der tiefen Beziehung zu den Niederlanden.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts quartierte der Bischof 1.800 Soldaten mit ihren 2.200 Familienangehörigen in den Bürgerhäusern ein. Das entsprach etwa 40 Prozent der damaligen Einwohnerschaft von geschätzten 10.000 Einwohnern und bedeutete einen zweifelsohne stadtprägenden Faktor.

Je nach Herrschaft und sicherheitspolitischer Lage wurden weitere Soldaten in Münster einquartiert. Besonders deutlich wurde dies in der Napoleonischen Zeit: So zählte man etwa 1812 knapp 90.000 durchziehende Soldaten, die jeweils von den Bürgern aufgenommen und verpflegt werden mussten. Von 1813 bis 1914 hatte Münster die Funktion als Preußische Garnisonsstadt und Sitz des Generalkommandos des VII. Armeekorps. Schon damals residierte der kommandierende General am heutigen Hindenburgplatz – und zwar im Südflügel des Schlosses. Überdies lagen in Münster Divisions- und Brigadestäbe sowie mehrere Bataillone, Regimenter, Abteilungen und Schwadronen. In den ersten Jahren nach 1815 stellten die Soldaten knapp 13 Prozent der Gesamtbevölkerung. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann verstärkt der Kasernenbau am Stadtrand, da die Privatunterbringung bei der Bevölkerung langsam ein Ende finden sollte.

Zu Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren immerhin fünf Prozent der münsterschen Bevölkerung Soldaten und Münster eine der größten Garnisonsstädte des Deutschen Reiches. Während des Krieges stieg aufgrund von Lazarett-Einrichtungen und Kriegsgefangenenlagern der Anteil des Militärs an der Bevölkerung auf bis zu 22 Prozent.

Nach Einrichtung einer entmilitarisierten Zone im Sinne des Versailler-Vertrages geriet Münster zur militärischen Grenzstadt und wurde als Garnisonsstadt weiter aufgewertet. Das Wehrkreiskommando VI löste in dem nun wesentlich erweiterten Armeekorps-Bezirk das Generalkommando ab. Mit knapp 2.300 Soldaten blieb Münster eine der größten Garnisonsstädte des Deutschen Reiches.

1939 waren rund 8.000 Soldaten – etwa sechs Prozent der Bevölkerung – in Münster stationiert. Mit dem Luftgaukommando wurden nennenswerte Luftwaffenverbände in Münster stationiert, überdies auch der Kommandostab des VI. Armeekorps sowie weitere Stäbe. Handorf und der zivile Flughafen Loddeneheide wurden in der Mitte der 30er Jahre zu Fliegerhorsten umgebaut.

Nach dem Krieg wurden die militärischen Liegenschaften der Stadt überwiegend durch die britischen Streitkräfte belegt. Da unmittelbar nach dem Krieg die gesamte Verwaltungsstruktur durch die Briten übernommen worden war, waren zu Beginn der Besatzungszeit etwa 9.000 Zivilisten bei der Militärverwaltung beschäftigt. 1960 stationierten die Niederlande im Rahmen der NATO erstmalig einen Truppenteil auf deutschem Boden – und zwar eine Flugabwehrraketenstellung in Münster-Handorf.

Mit dem Aufbau der Bundeswehr wurde Münster Sitz des I. Korps am Platz des ehemaligen Generalkommandos. Bis Ende 1994 war das aus Münster geführte I. Korps mit fünf Heeresdivisionen im norddeutschen Raum und Korpstruppen in Divisionsstärke der stärkste Großverband innerhalb der NATO. Ein Großteil der Panzergrenadierbrigade 19 war in Handorf stationiert, später folgte die Heeresunteroffiziersschule I. Das Luftwaffengruppenkommando Nord hatte u.a. ebenso seinen Sitz bis 1970 in Münster, wie auch die Stäbe zweier Luftwaffen-Divisionen. Seit 1971 hat das Lufttransportkommando seinen Sitz in Münster, bis 1994 überdies auch Verteidigungsbezirkskommando 33 und das Verteidigungskreiskommando 331.

Die Stadt Münster hatte am 25. März 1987 die Patenschaft über das I. Korps übernommen. Die nach der Umstrukturierung in das I. Deutsch/ Niederländische Korps notwendig gewor-

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster

Fraktionsgeschäftsstelle

Mauritzstraße 7-8 · 48143 Münster

Telefon (0251) 4 18 43-0 · Telefax (0251) 4 31 36

e-mail fraktion@cdu-ms.de · <http://www.cdu-ms.de>



dene Erneuerung dieser Patenschaft hatte die damalige rot-grüne Rathausmehrheit verweigert.

▪ **Wirtschaftsfaktor „Militär“ In Münster**

Soldaten und ihre Angehörigen bedeuten für Münster und das Umland einen enormen Wirtschaftsfaktor. Überdies kommen Arbeitsplatzwechsel bei Militärangehörigen häufiger vor, als bei anderen Arbeitnehmern, so dass von den Militärangehörigen, die in Münster Dienst getan haben auch ein positives Stadtmarketing ausgehen kann.

Insgesamt leisten rund 2.600 Menschen (1.900 Soldaten, 700 Zivilisten) in 32 verschiedenen Einheiten im Auftrag der Bundeswehr in Münster ihren Dienst. Hinzu kommen ständig etwa 500 Lehrgangsteilnehmer an der Heeresunteroffiziersschule I, rund 2.000 britische Soldaten in der York- bzw. Oxford-Kaserne sowie etwa 250 niederländische Soldaten. In der Summe ergibt dies eine Anzahl von rund 5.350 Soldaten und zivilen Streitkräfte-Mitarbeitern in Münster. Addiert man statistisch vertretbare 1,5 Familienangehörige hinzu, kommt man auf eine Summe mehr als 13.000 Personen, die wirtschaftlich von den Streitkräften in Münster abhängig sind. Das bedeutet einen Anteil an der Bevölkerung von über 4,5 Prozent.

▪ **Integrationsfaktor „Militär“: Ein Beitrag zur Völkerverständigung**

Die deutsche Bundeswehr arbeitet im I. Deutsch/ Niederländischen Korps seit einigen Monaten nicht mehr einzig mit den Niederländern, sondern nunmehr auch mit den Streitkräften aus Dänemark, Italien, Norwegen, Türkei, Großbritannien und den USA zusammen. Neben den rund 200 niederländischen Militärangehörigen, die mit ihren Familien überwiegend in Gievenbeck eine neue Heimat gefunden haben, haben auch die anderen Nationen Verbindungsoffiziere entsandt. Die Briten sind überdies mit rund 2.000 Soldaten in Münster vertreten.

Durch internationale Einsätze, wie jüngst des I. Deutsch/ Niederländischen Korps, oder schon seit vielen Jahren durch die Koordination grenzüberschreitender Luftwaffen-Einsätze durch das Lufttransportkommando, bestehen auch hier weitere gegenseitige internationale Kontakte.

Viele Freundschaften sind bereits zwischen den Soldaten, ihren Familien und Münsteranern entstanden und haben so einen Beitrag zur Völkerverständigung geleistet. Internationale Kooperationen auf militärischem Gebiet mit dem Ziel der Friedenserhaltung stehen insbesondere Münster gut zu Gesicht. Gleiches gilt für die herausgehobene deutsch-niederländische Freundschaft, in der Münster seit 1648 – trotz einiger historischer Rückschläge – eine besondere Rolle einnimmt. Für die bereits erreichte Integration, stehen die niederländische Hugo-de-Groot-Schule oder das niederländische Multifunktionshaus in Gievenbeck.

gez.

H.-Dieter Sellenriek
Marie-Luise Bartling
Frank Baumann
Miriam M. Becker-Merino
Rolf Branse
Horst Beitelhoff
Elfriede Dalla Riva-Hanning
Helmut Damwerth
Edgar Drüge
Dr. Dietmar Erber
Bernd Fehige
Markus Funk

Magdalene Gefroi
Hermann Greve
Richard M. Halberstadt
Gregor Hellmons
Eleonore Heyne
Manfred Holtschulte
Rolf Klein
Maike Laddach
Hubert Lenich
Josef Lütke Notarp
Dieter Maager
Christian Moll

Robert Otte
Carmen Paulsmeyer
Karin Reismann
Josef Rickfelder
Ursula Schaffstein
Günter Schulze Blasum
Florian Steinforth
Barbara Stober
Peter Verfürth
Stefan Weber
Dr. Wolfgang Weikert
Helga Welker

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster

Fraktionsgeschäftsstelle

Mauritzstraße 7-8 · 48143 Münster

Telefon (0251) 4 18 43-0 · Telefax (0251) 4 31 36

e-mail fraktion@cdu-ms.de · <http://www.cdu-ms.de>

Anlage 2

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. 33/2003
vom 03.11.2003

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster



Münzstraße 15
48143 Münster
Telefon 02 51-4 53 14
Telefax 02 51-51 17 50
E-Mail spdfrok@muenster.de

03.11.2003

Friedensstadt Münster – Partnerin für friedenssicherndes und humanitäres Handeln

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung der Stadt Münster wird beauftragt, unter dem Leitmotiv der „Friedensstadt Münster“ ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, das die Stadt des „Westfälischen Friedens“ weiter profiliert auf dem Gebiet der friedenspolitisch bedeutsamen Aktivitäten und Einrichtungen. Hierzu zählen u.a.:

1. Vereinbarung einer „Partnerschaft“ mit dem I. Deutsch-Niederländischen Korps als neuer Grundlage der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Korps. In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung gemeinsam mit dem Korps konkrete Handlungsvorschläge entwickeln, die (über die bisherige Zusammenarbeit hinaus) in den Bereichen der Information und Kommunikation, der Betreuung und der schulischen Angebote die Bedürfnisse der hier stationierten Soldaten/innen und ihrer Familien aufgreifen - und in dieser partnerschaftlichen Beziehung vor allem auch das bürgerschaftliche Engagement unterstützen.
2. Einleitung von Initiativen, die auf die Durchführung internationaler Tagungen und Kongresse in Münster zu Fragen der Kriegsverhütung, der Friedenssicherung, der Krisenbewältigung und des Völkerrechts abzielen. Damit soll an die Tradition der Verhandlungen zum „Westfälischen Frieden“ angeknüpft werden. Denkbar ist in diesem Zusammenhang z.B. auch eine Verknüpfung mit der Verleihung des „Westfälischen Friedenspreises“.
3. Vorlage eines knappen Berichts über die in Münster auf dem Feld der zivilen humanitären Arbeit im Ausland sowie der zivilen Friedensarbeit tätigen Einrichtungen, Organisationen und Bürgergruppen. Auf der Grundlage dieses Berichts sollen Vorschläge und Initiativen entwickelt werden mit dem Ziel, die Arbeit dieser Einrichtungen durch die Stadt Münster stärker zu unterstützen und in der Öffentlichkeit hervorzuheben.



4. Entwicklung von münsterbezogenen Unterrichtskonzepten – in enger Zusammenarbeit mit den hiesigen Grundschulen und der pädagogischen Arbeitsstelle des Schulamtes -, mit deren Hilfe Friedenserziehung an den Grundschulen unterstützt werden kann. Dabei soll auch geprüft werden, wie vorhandene Initiativen von Seiten der Verwaltung stärker unterstützt werden können. Für die Schulen der Sekundarstufe soll die Möglichkeit eines stadtweiten friedenspolitischen Aktionswettbewerbs geprüft werden. Zudem sollen gemeinsame Informations- und Diskussionsveranstaltungen an den Schulen mit dem Deutsch-Niederländischen Korps, zivilen Einrichtungen humanitärer Hilfe, wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Friedensgruppen zu Themen wie Friedenssicherung, Kriegsprävention und Völkerrecht unterstützt werden.
5. Die Position des Beauftragten für Kontakte zur Bundeswehr im Amt des Rates und des Oberbürgermeisters wird ergänzt um die Aufgabe, auch zu den ansässigen zivilen Einrichtungen humanitärer Hilfe im Ausland und der zivilen Friedensarbeit eine koordinierende und unterstützende Funktion zu übernehmen. Zudem sollte es Aufgabe dieser Stelle gemeinsam mit anderen Bereichen der Verwaltung sein, die positiven Effekte einer Zusammenarbeit und Kommunikation der hier angesprochenen militärischen wie zivilen Einrichtungen für Münster sichtbar zu machen im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung und des Selbstbildes als „Friedensstadt“ (Berücksichtigung im „Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozess“).

Begründung:

Münster als Stadt des Westfälischen Friedens: Historische Verantwortung für zivile Konfliktlösung

Die welthistorische Bedeutung des Friedensschlusses von Münster und Osnabrück lässt sich mit drei Begriffen umschreiben, die heute Allgemeingut moderner Demokratien sind, im Jahre 1648 aber in ihrer Bedeutung und in ihrer Reichweite radikal neu waren: Toleranz, Föderalismus und Völkerrecht. Erstmals in der Geschichte des europäischen Kontinents wird eine Konfliktlösung nicht durch Waffengewalt, sondern auf dem Verhandlungswege erreicht. Von nun an gibt es nicht mehr die gottgewollte Einheit des christlichen Abendlandes mit Kaiser und Papst an der Spitze, sondern die auf Vereinbarung und Völkerrecht beruhende Ordnung prinzipiell gleichberechtigter Staaten. Dieses kollektive Friedenserhaltungssystem von Konsultationsverfahren, Garantien und - als letztes Mittel - militärischer Sanktion von Verletzungen weist bereits den Weg in die moderne Völkerrechtsordnung der Vereinten Nationen. Heute setzt die Charta der UN die Stärke des Rechts an die Stelle des Rechts des Stärkeren, verbietet Gewalt als Mittel der Durchsetzung nationaler Interessen und erlaubt Gewaltanwendung nur für den Ausnahmefall der Selbstverteidigung oder auf der Grundlage eines Beschlusses des UN-Sicherheitsrates.

Als Übergang zwischen zwei Epochen ist der Westfälische Friede faszinierend. Er brachte den für Deutschland so wichtigen Frieden, um das Land wieder aufzurichten. Zugleich legte die Emanzipation der politischen Ordnung von mittelalterlichen Strukturen die Grundlage für das Herausbilden religiöser Toleranz, geistiger Aufklärung, universellem Naturrecht und kultureller Vielfalt.

Münster kann mit gutem Recht als einer der Geburtsorte des Völkerrechtes, des Föderalismus, der Toleranz und vor allem der Anerkennung des Friedens als überaus wichtigem politischen Ziel beschrieben werden. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt beinhaltet heute immer auch dieses historisch begründete Leitbild. Und auch die nationale wie internationale Außenwahrnehmung Münsters ist stark durch das Bild des Westfälischen Friedens geprägt. Es liegt im Interesse der Stadt Münster, diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen und friedensorientiertes Handeln zu unterstützen. Anders formuliert: Münster hat als Stadt des Westfälischen Friedens eine besondere Verantwortung gegenüber der Weiterentwicklung und Unterstützung friedenssichernder Instrumente und der Unterstützung der hierauf abzielenden Einrichtungen und Organisationen. Dabei handelt es sich vor dem Hintergrund der derzeitigen Weltlage und dem Einsatz von deutschen und befreundeten ausländischen Soldaten wie zivilen Kräften zur Friedenssicherung und Kriegsprävention im Ausland offensichtlich nicht nur um eine historisch begründete Aufgabe, sondern um eine vermutlich dauerhafte Notwendigkeit in der Zukunft.

Münsters Partnerschaft mit dem I. Deutsch-Niederländischen Korps: Verlässliche Zusammenarbeit und bürgerschaftliches Engagement

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich immer als Zivilmacht verstanden. Deutsche Außenpolitik ist und bleibt Friedenspolitik. Das ist die Lehre aus der deutschen Geschichte, diese Grundeinstellung ist in der Bevölkerung gewachsen und tief verwurzelt. Eine umfassende Friedenspolitik setzt auf eine Politik der Krisenprävention, der friedlichen Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung. Umfassende Sicherheit bedeutet vor allem materielle, soziale und ökologische Sicherheit, Unantastbarkeit der Würde des Menschen, Vorrang des Rechts vor der Macht.

Militärische Mittel können in dieser Sicht nur als *ultima ratio* gesehen werden. Aber auch bei zivilem Krisenmanagement kann es erforderlich sein, militärisches Personal zur Absicherung der zivilen Krisenvorbeugung oder –bewältigung einzusetzen. Eine umfassende Friedenspolitik benötigt deshalb auch leistungsfähige Streitkräfte. Sie sind ein wichtiges sicherheitspolitisches Instrument. In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht müssen zu dessen Durchsetzung, falls erforderlich und als letztes Mittel, neben zivilen auch begrenzte militärische Mittel eingesetzt werden. Folgerichtig dienen europäische Militärverbände wie das I. Deutsch-Niederländische Korps nicht als Mittel zur Durchsetzung europäischer Interessen mit militärischer Gewalt. Das Deutsch-Niederländische Korps dient ausschließlich als Element einer umfassenden Sicherheitsstrategie zur Friedenssicherung, Krisenprävention und –bewältigung, Deeskalation oder Eindämmung von Konflikten. Beim soeben beendeten Einsatz des Korps in Afghanistan konnte ein wesentlicher Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet werden, die Soldaten genießen in der Bevölkerung zu Recht ein hohes Ansehen.

Nicht zuletzt dieser Einsatz des Deutsch-Niederländischen Korps verweist auf die zwingende völkerrechtliche Begrenzung militärischer Einsätze und beschreibt insofern auch eine Verbindung zum Friedensschluss von Münster. Dabei ist Münster historisch nicht nur Stadt des „Westfälischen Friedens“, sondern seit vielen Jahrhunderten auch Garnisonsstadt gewesen. Deren Geschichte kann jedoch nicht einfach unter dem Gesichtspunkt einer - womöglich bruchlosen - Traditionsbildung oder etwa bloßer Datenerhebungen zur Anwesenheit und standortpolitischen Bedeutung militärischer Verbände („Wirtschaftsfaktor Militär“) in der Stadt betrachtet werden. Die in Münster stationierten Militäreinheiten verstanden sich und funktionierten immer auch als aktiver Bestandteil der jeweiligen Machtstrukturen. So war das in Münster stationierte Stellvertretende Generalkommando des VII. Armee Korps in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ein wesentlicher Faktor des Gewaltapparates zur Sicherung undemokratischer Herrschaftsverhältnisse. Und im Jahre 1919 wurden von hier Truppenverbände gegen streikende Arbeiter in Münster und vor allem im Ruhrgebiet eingesetzt. Die Illoyalität gegenüber der Weimarer Demokratie gehörte in der Reichswehr auch fortan zum guten Ton. Und als Organisation des so genannten „Dritten Reiches“ war die Wehrmacht in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Der unkritische bloße Hinweis auf in Münster während der NS-Diktatur stationierte Wehrmachtsverbände verkennet die hier anzuspreekende Dimension historischer Wahrheit und ist insofern fehlgeleitet.

Die Bundeswehr versteht sich als klare Absage an diese demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Traditionslinien im deutschen Militär. Als traditionsbildend für die Bundeswehr ist demgegenüber vor allem der militärische Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu sehen. Politisch motivierte Darstellungen zur Geschichte der Garnisonen in unserer Stadt müssen diesen Sachverhalt angemessen wiedergeben.

Doch nicht nur die Strukturen und das Selbstverständnis des Militärs unterliegen einem Wandel. Auch die Gesellschaft ist heute in weiten Teilen von einer veränderten Haltung gegenüber „ihren“ Soldaten geprägt. Ein selbstbewusste Bürgerstadt anerkennt die besondere Verantwortung und die besondere Leistung, die von den Soldaten/innen im Rahmen ihres verfassungsgemäßen Auftrages für die Gesellschaft erbracht werden. Zugleich sieht sie ab von einer symbolisch aufgeladenen Überhöhung alles Militärischen und pflegt die Beziehungen zu den in der Stadt stationierten Militäreinheiten unter dem Leitgedanken der „partnerschaftlichen Zusammenarbeit“. Aus städtischer Sicht gegebenenfalls notwendige Hilfestellung, Betreuungsangebote und Informationen zu geben, ist selbstverständlich.

Mit der Partnerschafts-Perspektive spricht sich die SPD in Münster gegen die Wiederaufnahme der gegenüber dem ehemaligen I. Korps der Bundeswehr bestehenden „Patenschaft“ aus. Diese Form der Symbolisierung einer Beziehung zwischen Kommune und Militäreinheit ist nicht zeitgemäß: Insbesondere der Umstand, dass im Deutsch-Niederländischen Korps inzwischen Soldaten/innen aus 10 europäischen Nationen zusammenarbeiten, begründet auf städtischer Seite neue Anforderungen an die Formen der Kooperation. Der multinationale Charakter des Korps charakterisiert nicht nur einen Bruch mit der deutschen Militärtradition. Er dokumentiert zugleich beispielhaft das Zusammenwachsen Europas auch in

sicherheitspolitischen Fragen. Die einstige Patenschaftsidee gegenüber Bundeswehreinheiten kann diesen neuen Realitäten nicht gerecht werden. Hier ist vielmehr die Entwicklung einer wechselseitig angelegten Partnerschaft „auf gleicher Augenhöhe“ angezeigt, die sich vor allem als konkretes Handlungsprogramm für die Soldaten/innen und ihre Angehörigen versteht. Besonders sinnvoll und effektiv erscheinen in diesem Zusammenhang direkte Kontakte zwischen den Soldatenfamilien und den übrigen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Gerade der unmittelbare - und zum Glück häufig genug selbstverständliche - Austausch im Stadtteil, in der Nachbarschaft, im Verein, in der Kirchengemeinde usw. eröffnet die Chance der echten Integration und Anerkennung.

Münsters Unterstützung für zivile Friedenspolitik heute: Professionelle humanitäre Hilfe und aktive Friedensarbeit in unserer Stadt

Nachhaltige Friedenspolitik ist eine Politik der Krisenprävention, der friedlichen Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung. Damit soll in potenziellen Krisen- und Konfliktgebieten die gewaltsame Austragung von Konflikten frühzeitig vorgebeugt, die Ausweitung bereits ausgebrochener Gewalt eingedämmt und nach dem Ende bewaffneter Auseinandersetzungen durch effektive Maßnahmen der Friedenskonsolidierung und des Wiederaufbaus ein erneuter Ausbruch der Gewalt verhindert werden. Ausgangspunkt für diese Politik ist ein umfassender Sicherheitsbegriff, der politische, ökonomische, ökologische und soziale Stabilität einschließt. Grundlage dafür sind die Achtung der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Partizipation und Demokratie, Bewahrung natürlicher Ressourcen, Entwicklungschancen in allen Weltregionen und die Nutzung friedlicher Konfliktregelungsmechanismen.

Zivile Krisen- und Konfliktbewältigung erfordern eine international koordinierte politische Gesamtstrategie, die Instrumente verschiedener Politikbereiche miteinander verzahnt. Sie bedarf einer sorgfältigen Koordination, auch zwischen militärischen und zivilen Mitteln. Nichtstaatliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Gewerkschaften und Kirchen sollten so weit wie möglich einbezogen werden. Und auch die direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger muss stärker möglich werden. Schon heute spielen Organisationen der Zivilgesellschaft eine einflussreiche Rolle. Manche Entscheidungen, wie z.B. der Bann von Anti-Personenminen, wurden von ihnen maßgeblich vorangetrieben.

Für Münster sollte deshalb der Meinungsaustausch und das Zusammenwirken mit Organisationen der zivilen Gesellschaft im friedenspolitischen Bereich eine Selbstverständlichkeit sein. Diese gesellschaftlichen und zivilen Organisationen bedürfen gerade in Münster als Friedensstadt einer besonderen Aufmerksamkeit und Unterstützung. In diesem Zusammenhang ist z.B. das „Kompetenzzentrum für Humanitäre Hilfe“ an der Fachhochschule Münster zu nennen, in dem Einrichtungen wie das Deutsche Rote Kreuz, das Gesundheitsamt Münster, Institute der Universität, verschiedene Fachbereiche der Fachhochschule sowie weitere professionelle Einrichtungen der humanitären Hilfe von außerhalb Münsters zusammenarbeiten. Ein weiteres Beispiel ist die Pax Christi-Bistumsstelle Münster, die den „Zivilen Friedensdienst“, ein von der Bundesregierung offiziell etabliertes

friedenspolitisches Instrument, stark fördert. Des Weiteren sind an dieser Stelle die vielen von Bürgerinnen und Bürgern gegründeten Friedensinitiativen zu nennen, die zwar keine humanitäre Arbeit vor Ort leisten, aber ihren Anteil zur Durchsetzung der Werte des Westfälischen Friedens beitragen. Hier ist aktuell die Organisation der „Friedenskette“ zwischen Münster und Osnabrück im Frühjahr 2003 hervorzuheben, die ganz im Sinne der Stadtgeschichte Münsters als Friedensstadt den Vorrang des Völkerrechts vor der Macht einforderte. Es ist Aufgabe der Stadt Münster, diese zivilen Einrichtungen und Organisationen durch Partnerschaften, logistische und gegebenenfalls auch durch materielle Hilfe zu unterstützen.

gez. Wolfgang Heuer
Verena Marzinkewitz
Holger Wigger
Hedwig Chudziak
Beanka Ganser
Anne Hakenes

Ralf Hubert
Fritz Krüger
Gaby Kubig-Steltig
Hans Langela
Marianne Mecke
Udo Reiter

Friedhelm Schade
Jürgen Siekmann
Joachim Tonn
Beate Vilhjalmsen
Winfried Welter